

Newsletter der Grünen Duisburg

November/Dezember 2014

BDK in Hamburg: GRÜNE zeigen MEHR BISS

Die Bundespartei der GRÜNEN hat beschlossen, die Agrarwende in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Die Agrarwende hat dieselbe ökologische Bedeutung wie die Energiewende“, erklärte Toni Hofreiter auf dem Bundesparteitag, der vom 21.-23.11 in Hamburg stattfand. Wie wir Lebensmittel produzieren und konsumieren, sei eine der zentralen ökologischen Fragen unserer Zeit.



Klar ist, die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft geht mit massiven Umweltschäden einher. Monokulturen zerstören die Artenvielfalt. Der verstärkte Einsatz von Agrochemie belastet Böden und Gewässer. Wir GRÜNE kämpfen schon seit vielen Jahren gegen die voranschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft und setzen uns für eine ökologische Landwirtschaft ein. Hier geht es längst nicht mehr um eine Gesinnungsfrage, sondern auch die gesundheitlichen Folgen sind bekannt, die durch einen übermäßigen Verzehr von Fleisch aus Massenproduktion eintreten. Der massive Einsatz von Antibiotika und Reserveantibiotika, insbesondere in der Geflügelhaltung, machen uns immun gegen wichtige medizinische Behandlungsmedizin. Einerseits gilt es also entsprechend andere Rahmenbedingungen für eine Agrarwende bei der Produktion an Stelle der Massentierhaltung zu schaffen, andererseits ist es auch wichtig Bauern und Betriebe die umweltfreundlich produzieren, zu fördern, auch beim Einkauf.

Natürlich hat jeder die Freiheit Fleisch zu essen, wenn er das möchte. So wie jeder die Freiheit haben soll, kein Fleisch zu essen, wenn er das möchte. Die Debatte zum Thema des Freiheitsbegriffs war ein weiterer Schwerpunkt, der breit auf dem Bundesparteitag diskutiert wurde. Von dem „Veggi-Day“ hat man sich mehr oder weniger verabschiedet. Ziel soll es sein, die Industrie zu verändern und nicht die Menschen in Ihren Vorliegen. Somit soll das Fleisch, wenn es dann auf dem Teller landet, unter ökologischen Kriterien und ohne unnötiges Tierleid hergestellt sein.

Standing Ovation gab es am Samstag auch für den heimlichen Shooting-Star des Parteitags: Winfried Kretschmann. Beim Thema Flüchtlinge, nutzte er die Möglichkeit, seine Entscheidung bei der sogenannten „Sichere-Herkunftsstaaten-Regelung“ noch einmal darzulegen. Die Entscheidung wurde anschließend noch einmal kontrovers diskutiert, ein hartes Wortgefecht zwischen den Flügeln blieb allerdings aus.

Weitere Themen waren die Europäische Friedenspolitik, Inklusion, Schacht Konrad und Klimaschutzpolitik. Alle Berichte und Beschlüsse sowie die Anträge zur BDK in Hamburg findet ihr hier:

<http://www.gruene.de/ueber-uns/bdk-2014-in-hamburg.html>

Aufstellungsgebot gegen Vogelgrippe ist nicht zielführend

Im Amtsblatt vom 28.11.2014 verhängt die Kreisveterinärbehörde ein sogenanntes Aufstellungsgebot für Federvieh. Diese behördliche Anordnung eine Stallpflicht gibt vor, Tiere, die sich normalerweise unter freiem Himmel bewegen, in überdachte Stallungen zu sperren. Durch diese Stallpflicht soll verhindert werden, dass Nutztiere durch frei lebende Wildtiere mit



Krankheitserregern infiziert werden. Die Aktion wird mit notwendigen Maßnahmen begründet, Ausbreitungswege der Vogelgrippe(H5N8-Virus) zu unterbinden. Für Verstöße wird ein Bußgeld bis zu 30.000 € verhängt. Dies hat für Geflügelzüchter und Kleintierhalter gravierende Konsequenzen.

Bei uns am Niederrhein rasten ca. 150.000 Gänse. Müssen wir uns nun Sorgen machen? Nein, denn für uns GRÜNE ist diese Ansicht, dass das Virus hauptsächlich durch Wildvögel verbreitet wird, nicht nachvollziehbar. Vielmehr sehen wir in den Zuständen der Massentierhaltung und der Geflügelmistimporte aus den Niederlanden einen enormen Handlungsbedarf. Bereits vor einiger Zeit wurde auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion dargelegt, dass Wildvögeln allenfalls eine marginale Rolle bei der Verbreitung des H5N8-Virus zukommt. Auch Forschungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass das Grippevirus eher Handelsrouten der Hähnchen- und Putenmastanstalten als Vogelzuglinien folgt.

Wir GRÜNE fordern daher einen vollständigen Stop der Geflügel-Gülleimporte, sowie ein Jagdverbot auf sogenanntes Federwild und langfristig ein Verbot der Massentierhaltung mit Rückkehr zur bäuerlichen Federviehhaltung. Die Aufstellungsgebote sind aktuell lediglich der billigste Weg, Aktivität zu zeigen, jedoch nicht der Effektivste. Benachteiligt sind dadurch natürlich nicht nur die Wildvögel, sondern auch Kleinviehzüchter gegenüber der industriellen Agrarlobby. Die Wirksamkeit ist jedenfalls in Frage zu stellen, solange an Handelswegen, unhygienischer Ausbringung von Gülle und Tierprodukten und an den Transportbedingungen für Federvieh nichts geändert wird. Das alles würde aber Geld kosten. Andere Bundesländer, wie beispielsweise Niedersachsen, verzichten völlig auf Aufstellungsgebote.

Das Verteilen von Flüssigem Geflügelmist auf Wiesen ist wegen der Botulismusgefahr übrigens verboten. Erlaubt ist lediglich die Verbringung von drucksterilisiertem Hühnermist auf Feldern, sofern der Dünger sofort untergepflügt wird. Die EU kämpft derweil weiter gegen die Pflicht zur Drucksterilisierung, die das grün geführte Umweltministerium in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt hatte.

„Fish Bowl“ Diskussion zum Thema „Syrien – Keine politische Lösung in Sicht“ am 15.11.14 im Babasu

Der Krieg in Syrien erschüttert und treibt um. Mehr als drei Jahre nach Kriegsbeginn ist noch immer keine politische Lösung in Sicht. Zuletzt haben die Gewaltexzesse des IS (Islamischer Staat) im Irak und in Syrien den zwischenzeitlich vergessenen Krieg wieder an die Spitze der internationalen Medienöffentlichkeit und Politik gehoben.

Zusammen mit der LAG

Europa/Frieden/Internationales hat der KV Duisburg daher eine „Fish Bowl“ Diskussion veranstaltet, um den

Konflikt aus Grüner Perspektive zu beleuchten und mögliche Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Als Referent*innen konnten wir unseren Bundestagsabgeordneten aus Bochum, Frithjof Schmidt, der unter anderem Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ist, und die Journalistin Martina Sabra gewinnen. Sabra hat Islamwissenschaften studiert, als Beraterin für die Heinrich Böll-Stiftung gearbeitet und ist heute überwiegend als Journalistin tätig.

Die Syrien-Expertin hat die Krisenregion in der jüngsten Vergangenheit wiederholt besucht und ihre Eindrücke in einem ausführlichen Impulsvortrag geschildert. Zudem hat Sabra den rund 30 anwesenden Gästen aus LAG EFI und KV die Ursprünge des Krieges erläutert – und dabei auch erklärt, warum der Krieg in Syrien ein Stellvertreterkrieg ist.

Frithjof Schmidt hat sich dieser Meinung angeschlossen und sich während der Debatte vehement gegen Waffenlieferungen in die Krisenregion ausgesprochen. Er wünscht sich indes einen erneuten Versuch von „Genf III“ – und zwar mit allen beteiligten Akteuren am Verhandlungstisch, inklusive dem Iran. Darüber hinaus beteiligten sich auch etliche Personen aus dem Publikum aktiv an der Fish Bowl Diskussion und präsentierten vielfältige Positionen.

Als Kreisverband werden wir nun wieder regelmäßig aktuelle, spannende und wichtige politische Themen mit euch sowie Fachreferent*innen diskutieren. Falls ihr Anregungen und Wünsche habt, meldet euch gerne bei einem Mitglied des Vorstands.



V.l.: Carlos Echegoyen, Andie Wörle, Andrea Asch, Martina Sabra, Frithjof Schmidt, Gönül Eglence, Samy Nassif-Maki, Antje Westhues.

Perspektiven für die Mitglieder des Bauwagenplatzes

OV West/Ruhrort

Wie die Presse berichtet hatte, wurde dem Verein für Alternatives Wohnen e.V. der in Nachbarschaft zum Abenteuerspielplatz Tempoli eine Fläche von 3.000 m² als Platz für Wohnen in Bauwagen nutzt, zum Jahresende der Pachtvertrag gekündigt. Seitdem bemühen sich die Nutzer*innen darum, Zeit zu gewinnen, um einen Ersatzplatz beziehen zu können.



Nach vielen Einzelgesprächen hat am 2. Dezember ein "Bauwagengipfel" im Bauwagen stattgefunden. Mit dabei waren u.a. Bezirksamtsleiter Carsten Alberts, Udo Vohl (SPD-Ratsherr), Hans-Gerd-Bosch (SPD) sowie IMD-Vertreter.

Dabei sei festgestellt bzw. vereinbart worden:

- Die fristgerechte ordentliche Kündigung ohne Angabe von Gründen zum 31.12. hat Bestand
IMD wird unter der Voraussetzung, dass ein Signal aus der Politik kommt, im Januar nicht räumen lassen
- Stattdessen wird die Vollstreckung für die Dauer von einem halben Jahr ausgesetzt.
- IMD und der Verein Alternatives Wohnen übernehmen die Suche nach einem Ersatzplatz.
- Der Verein und IMD bzw. Stadt Duisburg/Bezirksvertretung werden einen gegenseitigen Rechtsbehelfsverzicht vereinbaren

Die Details sind technischer Natur und werden zwischen Verein und Bezirksamt geklärt. „Damit halten wir die dringendsten Probleme erst einmal für gelöst“, so Dietmar Beckmann, OV-Sprecher.



aus dem Landtag NRW

Rot-Grün sichert die Sozialarbeit an Schulen

2011 hatte der Bund das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) aufgelegt, dazu begleitend wurde die Sozialarbeit an Schulen finanziert. 2013 wurde das Programm eingestellt und ohne Ersatz beendet. Die Landesregierung hat nun beschlossen, den 53 kreisfreien Städten und Kreisen ein Angebot zur Weiterfinanzierung der Sozialarbeit an Schulen für die kommenden drei Jahre (2015 bis 2017) mit einem Gesamtvolumen von ca. 47 Millionen Euro pro Jahr zu unterbreiten.

Die rot-grüne Koalition hat beschlossen, die Kommunen bei der Sozialarbeit an Schulen stärker zu unterstützen. Die Sozialarbeit an Schulen trägt besonders dazu bei, die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zu stärken: Sie leistet außerdem einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention und Integrationsarbeit. Daher will die rot-grüne Landesregierung deutlich mehr Mittel in die Hand nehmen, als ursprünglich im Haushalt 2015 eingeplant. So können 1500 Stellen in Sozialarbeit an Schulen in den nächsten drei Jahren verlässlich gehalten werden.

Birgit sagt dazu: „Die Große Koalition im Bund hat sich bei der Weiterfinanzierung der Sozialarbeit an Schulen, die begleitend zum Bildungs- und Teilhabepaket finanziert worden war, aus der Verantwortung gestohlen. Damit drohte der Sozialarbeit an Schulen in vielen Kommunen das Aus. Wir wollen nicht zulassen, dass diese Arbeit wegbricht. Daher wird sich das Land noch einmal in besonderer Weise für die sozialen Belange der Kinder und Jugendlichen, für mehr Bildungsgerechtigkeit engagieren. Für die Stadt Duisburg bedeutet das eine Zahlung von 2.186.302,86 € seitens des Landes. Ich freue mich, dass die Kommunalen Spitzenverbände das Programm nicht nur als faires Angebot begrüßt haben, sondern gemeinsam mit uns weiter auf den Bund Druck machen werden, damit er seiner Verantwortung gerecht wird.“

Asylbewerberleistungsgesetz

Meine Pressemitteilung zum Kompromiss, der erste wesentliche Schritte zur Entlastung der Kommunen und Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge beinhaltet

Am Freitag hat der Bundesrat das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und das Gesetz zur Änderung des EU-Freizügigkeitsgesetzes beschlossen. Im Zuge der Beratungen hatten die grün-mitregierten Länder von der Bundesregierung unter anderem eine Zusage über eine Unterstützung der Ländern und Kommunen von je 500 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren erreicht.

Dazu erklärt die Landtagsabgeordnete Dr. Birgit Beisheim:

„Aktuell besteht eine große Notwendigkeit, die Situation der Flüchtlinge in NRW zu verbessern. Dazu sollen die Länder zukünftig die Möglichkeit haben, eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einzuführen. Das ist ein erster Schritt hin zu einer besseren Gesundheitsversorgung. Wir GRÜNE werden uns in Nordrhein-Westfalen dafür einsetzen, dass diese Möglichkeit als Einstieg in eine angemessene Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in NRW genutzt wird. Unabhängig von der heutigen Abstimmung müssen und werden die Gespräche über die Verbesserung der Gesamtsituation der Flüchtlinge in Deutschland weitergehen“, so Beisheim.

„Immer mehr Menschen suchen Schutz in Deutschland. Sie verdienen unsere Solidarität. Durch die steigende Zahl der Menschen, die aus ihrer unsicheren Heimat zu uns fliehen, stehen insbesondere die Kommunen vor großen Herausforderungen. Deshalb begrüßen wir die vom Bund zugesagte Entlastung von Ländern und Kommunen in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro. NRW erhält somit ca. 100 Millionen im Jahr 2015 und 2016. Damit erhält das Land die Möglichkeit, die Städte und Gemeinden noch stärker zu unterstützen. Der Bund steht in der Pflicht, auch über das Jahr 2016 hinaus seiner Verantwortung gerecht zu werden und sich dauerhaft an der Finanzierung zu beteiligen. Unser Ziel bleibt aber die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes“, so Beisheim weiter.

Nach wie vor äußern die GRÜNEN zudem Zweifel an der Europarechtskonformität der neuen Freizügigkeitsregelung.

Ein Tipp für euren Bücherkauf zu Weihnachten: Denkt an eure örtlichen Buchhandlungen!

Die "Bücherinsel" ist eine typische Stadtteilbuchhandlung im Herzen von Duisburg-Rheinhausen. Seit 1981 gibt es die Buchhandlung in Duisburg und seit 33 Jahren wird sie von der Inhaberin Linda Broszeit geführt.

"Schon vor vielen Jahren hat man uns Buchhändler vor Ort das Ende prognostiziert. Doch davon sind wir hier noch weit entfernt. Selbst die Entwicklung von E-Readern und der steigende Internet-Versandhandel stellen heute keine große Bedrohung dar. Im Gegenteil, es gibt immer noch viele Menschen die zu uns kommen, weil sie eine Geschichte lieber aus einem echten Buch lesen, anstatt auf einem flachen Display. Und auch die schlechten Nachrichten über die Arbeitsbedingungen und die Steuervergünstigungen beim Internetiesen Amazon, hat viele Kundinnen und Kunden in letzter Zeit wieder verstärkt in den Buchhandel vor Ort gezogen. Die Menschen schätzen das was wir vor Ort leisten und das verleiht uns Aufwind", so Broszeit.

Das Angebot der Bücherinseln ist umfangreich, vielseitig und modern abrufbar. Davon hat sich die Landtagsabgeordnete Dr. Birgit Beisheim bei einem Besuch vor Ort selbst überzeugt. "Die Bücherinsel ist ein sehr fortschrittliche Bucherhandlung, die bereits seit 20 Jahren ein Internetangebot besitzt. Bücher aber auch CD's, DVD's und Spiele können hier bequem bestellt und schnell geliefert werden ", so Beisheim. "Doch nicht nur für die Menschen vor Ort sind Stadtteilbuchhandlungen als kulturelle Einrichtungen unverzichtbar. Im Gegensatz zu Amazon beispielsweise, zahlen sie Gewerbesteuern und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwesen. Durch Organisation von mehreren Veranstaltungen im Jahr oder die Unterstützung von Aktionen zur Aufhübschung des Straßenbildes, leisten die Kleinbuchhandlungen einen wichtigen Beitrag für die Stadtteilzentren. Auch die Bücherinsel hat sich beispielsweise schon an Pflanzaktionen vor Ort beteiligt und die Menschen wissen das zu schätzen" so Beisheim.

"Es ist wichtig dass es noch Läden wie diese gibt, die in gewisser Weise eine Teilverantwortung für die Gesellschaft übernehmen und das Herz vor Ort am rechten Fleck haben. Deswegen möchten wir jeden Verbraucher und jede Verbraucherinnen dazu anregen, die örtlichen Geschäfte beim kommenden Weihnachtsgeschäft zu unterstützen und vielleicht mal wieder ein Buch zu verschenken", ergänzt Heiner Leiße, Mitglied der Bezirksvertretung Rheinhausen.



V.l.: Linda Broszeit (Inhaberin), Dr. Birgit Beisheim (MdL), Heiner Leiße (Mitglied der Bezirksvertretung Duisburg-Rheinhausen)

Weihnachtsfeier des Kreisverbandes



Ihr Lieben,

gemeinsam mit euch wollen wir dieses ereignisreiche Jahr ausklingen lassen und laden euch recht herzlich, zur diesjährigen Weihnachtsfeier ein.

Dazu möchten wir euch am Donnerstag, den 11.12 um 19 Uhr, im BABASU (Bismarckstraße 120, in DU- Neudorf) begrüßen und in einen schönen Abend starten. Als Dankeschön für euren Einsatz in diesem Jahr erwartet euch ein leckeres Buffet und ein Begrüßungsschlückchen. Für das leibliche Wohl ist also gesorgt. Es gibt Veganes, Vegetarisches, aber auch Fleisch.

Anschließend würden wir gerne mit euch gemeinsam wickeln. Es handelt sich hierbei um das sogenannte „Schrottwickel“, bei dem jeder einen Gegenstand von zu Hause mitbringt, den er selbst nicht mehr benötigt. Es wäre toll, wenn ihr euer Geschenk verpackt mitbringen würdet, dann kann es nach dem Essen gleich losgehen. Dinge die nicht mehr gebraucht werden, können auf diese Weise recycelt werden, so macht ihr dem anderen (vielleicht) eine Freude damit. Bei der Wickel-Aktion mitzumachen, ist natürlich kein Muss, sondern optional.

Bitte gebt unter kv@gruene-duisburg.de oder telefonisch in der Kreisgeschäftsstelle Bescheid, ob ihr bei unserer Weihnachtsfeier dabei sein könnt. Gut wäre eine Rückmeldung **bis zum Montag, 8. Dezember 2014**.

All denjenigen die nicht teilnehmen können wünschen wir schon jetzt ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in Jahr 2015!

Euer Kreisvorstand